

Europawahl 2019

Wer derzeit durch Bayerns Straßen geht bzw. fährt, kann sie nicht übersehen – die Wahlplakate der politischen Parteien zur Europawahl, die vom 23. bis 26. Mai 2019 stattfindet. Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wählen zum neunten Mal das Europäische Parlament (EP). Derzeit sitzen aus Bayern Abgeordnete der folgenden Parteien im EP: Bündnis 90/Die Grünen, CSU, Die Linke, FDP, Freie Wähler, ÖDP und SPD (www.europarl.europa.eu/germany/de/europa-und-europawahlen/abgeordnete-aus-bayern).

Daher hat die Redaktion des „Bayerischen Ärzteblatts“ bei den betreffenden Parteien gefragt: „Warum sollten Bayerns Ärztinnen und Ärzte gerade eine Vertreterin/einen Vertreter Ihrer Partei ins EP wählen?“. Die Antworten lesen Sie auf den folgenden Seiten.

Dagmar Nedbal (BLÄK)



Familienfreundliche Arbeitsbedingungen

Die Gesundheit der Menschen ist geprägt durch die Umwelt, in der sie leben. Umweltbedingte gesundheitliche Beeinträchtigungen und Krankheiten steigen an. Im Europaparlament kämp-

fen wir gegen Alltagsgifte wie Chemikalien in unserem Essen, in unseren Verpackungen, Kosmetika, Kleidern und an unseren Arbeitsplätzen. Außerdem streiten wir für eine pestizidfreie Landwirtschaft sowie sauberes Wasser und saubere Luft.

Wir GRÜNE stehen für eine Gesundheitspolitik, bei der nicht in erster Linie ökonomische Interessen, sondern die Patientinnen und Patienten und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen. Alle Menschen sollen die Versorgung bekommen, die sie benötigen. Wir sind für ein Gesundheitswesen, in dem Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte, Therapeutinnen und Therapeuten auf Augenhöhe für die Gesundheit der Menschen zusammenarbeiten.

Unser Ziel sind gute und insbesondere auch familienfreundlichere Arbeitsbedingungen in

Kliniken, Gesundheitszentren und auch in Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte. Der Ärzteberuf wird zwar zunehmend weiblicher, doch in den Chefetagen des Gesundheitswesens sind Frauen bislang unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern. Zum Beispiel, indem Aufstiegsbarrieren für Frauen in der ärztlichen Weiterbildung abgebaut werden und verbindliche Quoten etwa für die Vorstände der Kassenärztlichen Vereinigungen geschaffen werden.

Mit einer Bürgerversicherung ermöglichen wir Wahlfreiheit für die Versicherten und schaffen eine stabile und gerechte finanzielle Basis für unser Gesundheitswesen. Eine solche dauerhaft verlässliche Finanzierung der Krankenversicherung ist angesichts der Herausforderung des medizinischen Fortschritts auch im Interesse der Ärztinnen und Ärzte.



Kompetenz der Mitgliedsstaaten

Eine qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung für alle in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern des Zusammenlebens. Unser Qualitätsanspruch verlangt, künftig noch mehr zu tun. Der demografische Wandel

mit seinen vielfältigen Auswirkungen fordert die Gesundheitssysteme in Europa heraus. Effiziente Gesundheitsfürsorge, Krankheitsvorbeugung und die Förderung eines unabhängigen Alterns sind unerlässlich, um die Gesundheit und Pflege aller Bürgerinnen und Bürger Europas weiterhin zu gewährleisten – verantwortungsvoll müssen wir stets auch die weitere Kostenentwicklung im Blick haben und für eine Begrenzung sorgen.

Europa ist in Sachen Gesundheit und Pflege immer dann gefragt, wenn es um grenzüberschreitende Fragen geht. Ganz generell halten wir daran fest: Die Zuständigkeit und Verantwortung für die Or-

ganisation der Gesundheitswesen muss allein in der Kompetenz der Mitgliedsstaaten verbleiben. Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Das wollen wir erhalten. Die CSU steht wie keine andere Partei für eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung mit ambulanten haus- und fachärztlichen sowie stationären Leistungen, Leistungen von Heil- und Hilfsmittelerbringern, Reha- und Pflegeeinrichtungen sowie von Apotheken in Stadt und Land gleichermaßen. Das setzt voraus, dass die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden – dafür werden wir uns auch in Zukunft stark machen!

DIE LINKE.

IM EUROPAPARLAMENT

Ärztliche Berufsethik

DIE LINKE setzt sich für gute Arbeitsbedingungen in Krankenhaus, Pflege und Gesundheit ein. Wir wollen mehr Personal in der Pflege, um insgesamt die Versorgung von Patientinnen und Patienten zu verbessern.

Wir wollen das DRG-System überwinden. Von den Krankenhäusern muss der Druck genommen werden, mit möglichst wenig Beschäftigten

möglichst viele Patientinnen und Patienten in möglichst kurzer Zeit zu behandeln. Denn dieser Druck führt zu schlechten Arbeitsbedingungen, zu Stellenkürzungen und Ausgliederungen. Um die Qualität der Versorgung zu verbessern, müssen Krankenhäuser bedarfsgerecht finanziert werden. Die Rahmenbedingungen müssen wieder die ärztliche Berufsethik und nicht die betriebswirtschaftlichen Bedürfnisse des Krankenhauses berücksichtigen und fördern. Den Investitionsstau in den Krankenhäusern wollen wir systematisch abbauen. DIE LINKE hat ein durchgerechnetes Konzept für eine solidarische Gesundheitsversicherung vorgelegt, nach dem der Beitrag auf unter zwölf Prozent sinken kann, wenn alle einzahlen und die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben wird. Damit würden Arbeitgeber und Beschäftigte, die selbstverständlich paritätisch einzahlen, entlastet. Zugleich könnten der Leis-

tungskatalog ausgeweitet und auf Rezeptgebühren und ähnliches verzichtet werden. Auch der Pflegenotstand durch Personalmangel könnte mit einer solchen solidarischen Versicherung behoben werden.

Auch die Arbeitsbedingungen für Ärzte im ländlichen Raum und in den Kommunen wollen wir verbessern – und damit auch die Gesundheitsversorgung. Dafür wollen wir kommunale Ärztehäuser aufbauen und ausbauen.

Europaweit wollen wir die Gesundheitsversorgung verbessern. Wir stellen sicher, dass alle Menschen Zugang zu Krankenversicherung bzw. öffentlicher, guter Gesundheitsversorgung haben. Wir wollen Privatisierungen im Gesundheitssektor zurückdrängen und Gesundheitskonzernen den Börsengang verwehren.



Qualitätssicherung und Patientenschutz

Die Europawahl 2019 ist diesmal wirklich eine Richtungsentscheidung. Wir Freien Demokraten wollen die Europäische Union grundlegend reformieren, damit sie sich den aktuellen großen

Aufgaben in der Außen- und Sicherheitspolitik, der Handelspolitik, bei Klima- und Umweltschutz sowie der künftigen Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents erfolgreich stellen kann.

Die Europäische Union muss schneller entscheiden und handeln, nicht nur reden. Zudem muss Europa in internationalen Fragen mit einer Stimme sprechen. Wir fordern eine gemeinsame Migrationspolitik, die klar zwischen Asyl, Flüchtlingen und Einwanderung in den Arbeitsmarkt nach einem Punktesystem unterscheidet – damit sich 2015 nicht wiederholt.

Für einen stabilen Euro brauchen wir klare und harte Regeln, die auch konsequent eingehalten werden. Wir wollen die Europäische Union außerdem zum Vorreiter weltweit bei Innovationen machen – durch mehr Investitionen in Forschung

und Entwicklung, einen digitalen Binnenmarkt mit gemeinsamen europäischen Standards und eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen.

Schließlich fordern wir die Bildungsfreiheit als neue Grundfreiheit. Überdies entscheidet sich auch die Zukunft der Freien Berufe in Europa. Wir wollen den berufsrechtlichen Rahmen stärken statt schwächen. Denn berufsrechtliche Vorgaben dienen vor allem der Qualitätssicherung und damit unmittelbar dem Patientenschutz.

Zusammen mit unseren liberalen Partnern in ganz Europa wollen wir die ALDE-Fraktion zur zweitstärksten Kraft in Brüssel machen und damit neue Mehrheitsverhältnisse für einen echten Wandel in ganz Europa herbeiführen: eine reformierte, eine handlungsfähige Europäische Union – zum Vorteil der Menschen. Ein Europa des Friedens, des Wohlstands und der Freiheit.



Umwelt- und Gesundheitsausschuss

Im Zentrum unserer Politik steht immer der Mensch. Wir kämpfen für Bürokratieabbau, Transparenz und maximale Vereinfachung von Verwaltungsabläufen. Rund acht Stunden pro Woche verbringen Ärzte mit Bürokratie statt

mit ihren Patienten – das muss anders gehen! Wir treten für die Belange des ländlichen Raums ein, und von einer verbesserten Infrastruktur, attraktiven Jobs für die Partner und guten Betreuungsmöglichkeiten profitieren auch Ärztinnen und Ärzte, die über eine Niederlassung nachdenken.

Im Umwelt- und Gesundheitsausschuss (ENVI) des EU-Parlaments waren wir mitverantwortlich für die Stellungnahme zur Verhältnismäßigkeitsprüfung für Berufszugangsbeschränkungen. Wir haben zentrale Änderungsanträge eingebracht, die in die finale Richtlinie aufgenommen wurden. Gesundheitsberufe bekamen eine Sonderrolle ex-

plizit zuerkannt. Die wertvollen Erfahrungen aus dem ENVI nehmen wir mit ins nächste Mandat.

Wir Freie Wähler sind grundsätzlich für mehr Europa, lehnen jedoch eine Europäisierung der Gesundheits- und Sozialsysteme ab. Wir wollen für unsere Gesundheit die besten Medikamente nach europäischen Standards und befürworten verstärkte Forschung zu Antibiotika-Resistenzen in der Human- und Veterinärmedizin und verbindliche Hygienestandards. Die Freien Wähler haben auch sprichwörtlich „auf dem Schirm“, dass die Gesundheitsversorgung zu einer kritischen Infrastruktur gehört, die im Rahmen der Cyberabwehr besonderen Schutzes bedarf.



Gegen immer größere Klinikketten

Die Gesundheitspolitik ist als Teil der Sozialpolitik nicht bevorzugtes Arbeitsgebiet auf europäischer

Ebene, sondern liegt weitgehend im Kompetenzbereich der Nationalstaaten. Allerdings werden auf europäischer Ebene wichtige Rahmenbedingungen gesetzt, die von den Staaten zu beachten sind. Das gilt etwa für die Datenverarbeitung, die Datensicherheit, die Medikamentensicherheit und die Tätigkeit übernationaler Konzerne.

So besteht auch auf europäischer und sogar auf übereuropäischer Ebene die Tendenz zur Bildung immer größerer Klinikketten, die die Gesundheitsversorgung vor allem als Profitquelle betrachten. Es besteht die Gefahr, dass die Belange der Patienten hinter denen der Aktionäre in den Hintergrund treten. Die ÖDP will dieser Entwicklung durch Erhalt und Stärkung

kommunaler Kliniken entgegentreten, die in der Regel auch wohnortnäher organisiert sind.

Die ÖDP tritt auch der Tendenz entgegen, dass Klinikketten niedergelassene Ärzte vertraglich binden oder Arztpraxen sogar aufkaufen, um eine Schleuserwirkung zugunsten ihrer eigenen Kliniken zu erzielen. Die Tätigkeit niedergelassener Ärzte darf weder unter die Kontrolle von Klinikketten noch von Pharmakonzernen geraten.

Besonderen Wert legt die ÖDP auf eine vorbeugende gesundheitliche Aufklärung, die von patientennahen, unabhängigen Ärzten am besten zu erfüllen ist.



Grenzüberschreitende medizinische Versorgung

Skandale, wie das der fehlerhaften Brustimplantate in Frankreich, haben gezeigt, dass

wir nur auf europäischer Ebene richtige Standards setzen und so für mehr Sicherheit der Patientinnen und Patienten sorgen können. Auch die Sicherheit von Medikamenten ist ein Kernanliegen der europäischen Gesundheitspolitik. Nicht zuletzt hat der Skandal 2013 mit fehlerhaften Generika aus Indien oder der jüngst mit verunreinigten Valsartanmedikamenten aus China gezeigt, dass hier noch viel zu tun ist.

Europas Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, gut versorgt zu werden. Sie müssen sich nicht nur darauf verlassen können, dass sie medizinisch einwandfrei

behandelt werden, sondern auch darauf, dass wir in der Europäischen Union die höchsten Standards bei Medizinprodukten und Arzneimitteln wahren.

Mit Blick auf die kommende Legislaturperiode setzen wir den Fokus weiterhin auf gesundheitspolitische Themen wie die Bekämpfung von Antimikrobiellen Resistenzen, Impfungen, eHealth oder die stetige Verbesserung grenzüberschreitender medizinischer Versorgung. Wir setzen uns für einen umsichtigen Einsatz von Antibiotika und eine vorausschauende Infektionsprävention und -bekämpfung in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung ein.